

Das ausführliche Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen Krefeld zur Kommunalwahl 2009 finden Sie im Internet unter: www.gruene-krefeld.de und in weiteren Faltblättern zu folgenden Themen:

1. Natur und Umwelt
2. Arbeit und Wirtschaft
3. Soziales und Gesundheit
4. Kinder und Jugendliche
5. Integration und Migration
6. Kultur und Denkmalpflege
7. Frauenpolitik
8. Sport
9. Schule
10. Stadtplanung und Innenstadtlebung
11. Verkehr
12. Verwaltung, Liegenschaften und innere Sicherheit
13. Haushalt und Finanzen

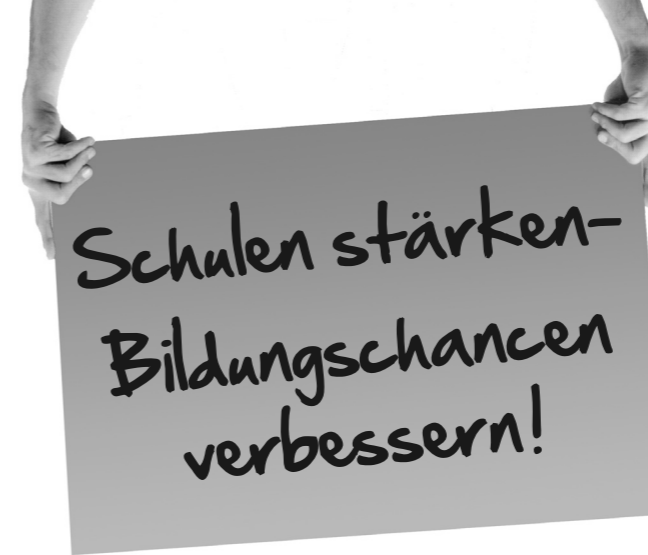
Vi.S.d.P. Heidi Matthias, Roßstr. 200, 47798 Krefeld

Weitere Informationen über Bündnis 90/Die Grünen Krefeld und die KandidatInnen finden Sie auch im Internet unter: <http://www.gruene-krefeld.de>.

Das Büro des Kreisverbandes in der Roßstraße 200 (Fon: 02151/77 73 44, Fax 02151/78 64 93) ist geöffnet: Montag 14.00 – 19.00 Uhr, Dienstag bis Donnerstag 9.00 – 14.00 Uhr. Per E-Mail sind wir unter kreisverband@gruene-krefeld.de zu erreichen.

ZEIT FÜR GRÜN.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



„Alle Schülerinnen und Schüler haben ein Recht darauf, ihren individuellen Fähigkeiten entsprechend gefördert und gefordert zu werden. Das gegliederte Schulsystem wird dieser Aufgabe nicht gerecht. Die Abstimmung mit den Füßen zeigt: Die Hauptschule hat ausgedient. Nur noch wenige Eltern sehen in ihr ein Bildungsangebot, das ihren Kindern eine Zukunftsperspektive gibt. Angekommen ist diese Botschaft allerdings noch nicht bei der CDU und FDP. Sie halten krampfhaft an ihren – mittlerweile jahrzehnte dauernden – Versuchen zur Rettung der Hauptschulen fest. Die Grünen wünschen sich ein Ende der ideologischen Grabenkämpfe. Wir wollen nicht für Schulformen kämpfen, sondern für die bestmögliche Bildung aller Schülerinnen und Schüler. Das geht nicht durch eine scheinbar objektive Auslese vermeintlicher Eliten. Wir wünschen uns deshalb eine Schulreform, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und den Kommunen und Schulen hierfür Gestaltungsspielräume gibt. Schulen müssen vor Ort gestaltet und dürfen nicht von oben diktiert werden!

SCHULEN GEMEINSAM ENTWICKELN

Prägend für die Schulentwicklungsplanung werden in den kommenden Jah-

ren weiterhin die sinkenden Schülerzahlen und das veränderte Schulwahlverhalten beim Übergang zu den weiterführenden Schulen sein. Das „Nein“ der CDU und FDP, über die drastisch sinkenden Anmeldezahlen an den Hauptschulen nachzudenken und hieraus dringend erforderliche Konsequenzen zu ziehen, kommt einer Verabschiedung von einer aktiven Schulentwicklungsplanung gleich. Die Folgen sind fatal: Über die Zukunft einzelner Hauptschulstandorte in Krefeld werden Anmeldezahlen entscheiden. CDU und FDP lassen Krefelder Eltern weiterhin mit den Füßen entscheiden, wie es mit unserer Schullandschaft weitergeht. Die Landesregierung trägt ebenfalls nicht zur Lösung der Probleme bei und steckt den Kopf lieber in den Sand: Eine Antwort auf das Hauptschulsterben verweigert sie. Stattdessen reformiert sie die Gymnasien und lässt Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler mit den Folgen ihrer Reformwut weitestgehend im Stich: Noch immer ist unklar, wie die Oberstufe zukünftig gestaltet werden soll. Durch die Schulzeitverkürzung sind Gymnasien faktisch zu Ganztagschulen geworden, ohne dass für die entsprechende Ausstattung gesorgt wurde.

Kaputt reformiert hat die Landesregierung auch die gemeinsame Verantwortung von Schulen, Kommunen und Land für eine Weiterentwicklung der Schulen. Ihr „Nein“ zur Fortführung des erfolgreichen Modellprojektes „Selbständige Schule“ hat den Schulen Eigenständigkeit und Gestaltungsspielräume genommen. Ihr „Nein“ zu der Entwicklung einer Regionalen Bildungslandschaft wird die Zusammenarbeit von Kommune und Schulen bei der Entwicklung eines kommunalen Bildungskonzeptes erschweren. Eine solche Schulpolitik löst die bestehenden Probleme nicht. Was wir brauchen, sind Maßnahmen gegen bestehende Bildungsdiskriminierungen: Soziale und nationale Herkunft der Schülerinnen und Schüler dürfen nicht mehr über ihren Bildungserfolg entscheiden. Was wir brauchen ist eine Weiterentwicklung von Schulen, die nicht auf dem Rücken der Schülerinnen und Schüler ausgetragen wird. Was wir brauchen, ist eine gemeinsame Gestaltung und Weiterentwicklung der Schulen.

Dafür stehen die Grünen:

- Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Schulen und mit anderen Bildungsakteuren



9. Schule

Wahlprogramm
Kommunalwahl 2009

ZEIT FÜR VERÄNDERUNG.

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**



- **Entwicklung eines gesamtstädtischen differenzierten schulischen Bildungsangebotes durch Schulträger und Schulen**
- **Gemeinsame Planung über den bedarfsgerechten Ausbau, z.B. des gemeinsamen Unterrichts in den weiterführenden Schulen, der Migrantenförderung oder von Ganztagschulen**
- **Stärkung von Schulstandorten durch mit den Schulen abgestimmte schulorganisatorische Maßnahmen.**

SCHULEN AUSSTATTEN, SANIEREN UND MODERNISIEREN

Jahrzehntelange Versäumnisse haben die Schulen gebeutelt. Für ihre Sanierung wurden zwar insgesamt 20 Mio. Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Die geplanten Sanierungsmaßnahmen werden jedoch nur schleppend durchgeführt. Machbar ist mit den bereitgestellten Mitteln ohnehin nur das Allernotwendigste. Eine energetische Sanierung oder die Ausstattung der Schulen mit regenerativen Energien ist damit nicht durchzuführen. Dabei wäre diese notwendig, um die explodierenden Energiekosten aufzufangen. Erforderliche Umbaumaßnahmen, z.B. für den Ganztagsbetrieb an weiterführenden Schulen und für die Arbeit in Klein- und Differenzierungsgruppen werden nur in geringem Umfang

durchgeführt. Die Pro-Kopf-Pauschale für Lehr- und Lernmaterialien an den Schulen ist seit Jahren nicht gestiegen. Unsere Schulen müssen mit dem Stand von gestern ihre Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen von morgen vorbereiten.

Dafür stehen die Grünen:

- **Bereitstellung zusätzlicher Mittel für den Ganztagsbetrieb an den weiterführenden Schulen und für Umbaumaßnahmen**
- **Erhöhung der Pro-Kopf-Pauschale für Lehrmaterialien**
- **Bereitstellung zusätzlicher Mittel für die Anschaffung neuer Medien und ihre Wartung, für die Ausstattung der naturwissenschaftlichen Räume sowie für die sächliche Ausstattung**
- **Energetische Sanierung der Schulgebäude**
- **Ausstattung der Schulen mit Solardächern im Rahmen eines „73-Dächer-Programms“**

AUSSERUNTERRICHTLICHE BILDUNGSANGEBOTE AUSBAUEN

Die Anforderungen an Schulen, zusätzlich zum Unterricht Lernangebote vorzuhalten und Lerngelegenheiten zu schaffen, steigen. Das Umweltzentrum leistet hierbei als außerschulischer Lernstandort einen wichtigen Beitrag.

Das Schullandheim Herongen wird von vielen Schulklassen nicht nur als Ort der Begegnung sondern auch als Ort außerschulischen Lernens genutzt.

Mit der Einführung des Offenen Ganztags an allen Krefelder Grundschulen wurden darüber hinaus die Grundlagen für ein ganztägiges Lernen geschaffen. Es gibt jedoch weder genügend Ganztagsplätze noch stehen ausreichend Mittel für Kooperationen mit anderen Weiterbildungsträgern und Sportvereinen zur Verfügung. Ein bedarfsgerechtes und differenziertes Bildungsangebot kann der Offene Ganztags damit nicht leisten. Die Vernetzung von Unterricht und Offenem Ganztagsangebot und damit eine zielgerichtete Förderung von Schülerinnen und Schülern ist ebenfalls nicht möglich. Die Ausstattung mit Räumen ist von Schule zu Schule unterschiedlich. Die vorgesehenen Baumaßnahmen gehen nur schleppend voran.

Dafür stehen die Grünen:

- **Ausbau und Stärkung des Umweltzentrums und des Schullandheims Herongen als außerschulische Lernstandorte**
- **Bedarfsgerechte Einrichtung weiterer Ganztagsgruppen**
- **Bereitstellung zusätzlicher Mittel für integrierte Ganztags- und zielgruppenorientierte Bildungsangebote**

von anderen Weiterbildungsträgern und Sportvereinen

- **Zügige Umsetzung der notwendigen Baumaßnahmen und Entwicklung von Raumstandards**

SCHULEN UNTERSTÜTZEN – ARMUTSFOLGEN BEKÄMPFEN

Immer mehr Schülerinnen und Schüler sind von Vernachlässigung, Armut, Erziehungs- und Bildungsdefiziten sowie sozialen Problemlagen im Elternhaus betroffen. Rund 22 % aller Krefelder Schülerinnen und Schüler sind arm. Der Regelsatz von Hartz IV reicht weder für eine ausgewogene Ernährung noch für die Anschaffung von Schulmaterialien.

Schulen können die daraus resultierenden Probleme nicht alleine bewältigen. Damit sie starke Partner für Familien bleiben, benötigen sie begleitende Unterstützung. Die Beratungs- und Hilfsangebote der Jugendhilfe decken diesen wachsenden Bedarf jedoch nicht mehr ab. Die Kooperation zwischen den Kindergärten und Schulen allein im Bereich der Sprachförderung reicht nicht aus, um Bildungsdefiziten vorzubeugen.

Dafür stehen die Grünen:

- **Entwicklung von Konzepten zur Zusammenarbeit zwischen Trägern der Jugendhilfe und Schulen**
- **Einbindung der Grundschulen in ein Netzwerk für (frühe) soziale Hilfen**
- **Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen**
- **Weiterentwicklung konkreter Hilfsangebote an die Familien, z.B. kostenloses Schulfrühstück und kostenlose Schulbücher**

INTEGRATION VORANTREIBEN

Unser Schulsystem ist diskriminierend und lässt viele Schülerinnen und Schüler

spätestens in weiterführenden Schulen im Stich: Insbesondere Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund werden nicht ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert. Stattdessen erhalten viele von ihnen eine Schulbildung, die sie mit geringen Zukunftsperspektiven ins Erwachsenenleben entlässt: Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen haben zwar in der Grundschulzeit die Möglichkeit, am gemeinsamen Unterricht teilzunehmen. Die weiterführenden Schulen setzen dieses Angebot jedoch – ungeachtet der individuellen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler – nur in geringem Umfang fort.

Dafür stehen die Grünen:

- **Weiterentwicklung von Förderkonzepten für Migranten, z.B. für den zweisprachigen Unterricht, für Sprachförderung, insbesondere auch in den Gymnasien und den Realschulen.**
- **Bedarfsgerechter Ausbau des gemeinsamen Unterrichts an den weiterführenden Schulen**

ÜBERGÄNGE GESTALTEN – ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN KINDERGÄRTEN, SCHULEN, BETRIEBEN UND HOCHSCHULE STÄRKEN

Unsere Schülerinnen und Schüler werden bis zur Beendigung ihrer Ausbildung bzw. ihres Studiums von mindestens vier unterschiedlichen Bildungseinrichtungen betreut. Bei Schülerinnen und Schülern, deren Bildung und Ausbildung nicht geradlinig verläuft, sind es mehr. Die Wechsel vom Kindergarten zur Schule, später zur weiterführenden Schule und zur Ausbildung oder zum Studium stellen wichtige Einschnitte in jeder Schullaufbahn dar und gelingen nicht immer ohne Probleme. Zwar bestehen mittlerweile Konzepte und Kooperationen

zur Begleitung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler. Beim Übergang vom Kindergarten zur Schule können wünschenswerte Maßnahmen jedoch nicht umgesetzt werden, da hierfür die erforderlichen Mittel fehlen. Die Jugendberufshilfe unterstützt Jugendliche bei der Berufswahl-orientierung und Berufsfindung. Viel zu viele Jugendliche finden nach Beendigung der Schule jedoch keinen Ausbildungsplatz. Im Stich gelassen werden all die Schülerinnen und Schüler, die im Laufe ihrer Schulausbildung aufgrund mangelnder Leistungen in eine andere Schulform wechseln müssen. Eine Zusammenarbeit zwischen den Schulen und eine Begleitung der Schülerinnen und Schüler bei diesem schwierigen Wechsel finden nicht statt. Zu wenig ausgebaut ist die Zusammenarbeit zwischen der Hochschule Niederrhein und den Krefelder Schulen. Damit wird die Chance auf eine bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf die Anforderungen eines Hochschulstudiums vertan.

Dafür stehen die Grünen:

- **Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Kindergärten und Schulen**
- **Ausbau der Jugendberufshilfe**
- **Stärkung der Kooperation zwischen der Hochschule Niederrhein und Schulen**
- **Entwicklung von Konzepten zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Schulformen**



„Wir wünschen uns eine Schulreform, die längeres gemeinsames Lernen ermöglicht und den Kommunen und Schulen hierfür Gestaltungsspielräume gibt. Schulen müssen vor Ort gestaltet und dürfen nicht von oben diktiert werden!„

Barbara Behr, Kandidatin für den Rat